

Ergänzung der Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Schmude, Frau Fuchs (Köln), Bernrath, Duve, Frau Dr. Hartenstein, Jansen, Kiehm, Dr. Nöbel, Dr. Penner, Reuter, Schäfer (Offenburg), Schröer (Mülheim), Tietjen, Wartenberg (Berlin), Dr. Wernitz, Buschfort, Dreßler, Egert, Glombig, Heyenn, Kirschner, Lutz, Peter (Kassel), Reimann, Schreiner, Frau Steinhauer, Urbaniak, Weinhofer, von der Wiese, Frau Simonis, Kühbacher und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 10/1551, 10/1806 —

Soziale Sicherung der Beamtenanwärter gegen Arbeitslosigkeit

Der Bundesminister des Innern – D I 1 – 210 012/11 – hat mit Schreiben vom 25. September 1984 die Antwort auf die Kleine Anfrage – Drucksache 10/1806 – hinsichtlich der Fragen I 1 und 2 namens der Bundesregierung wie folgt ergänzt:

I. Zur Verfassungsmäßigkeit der geltenden Regelung

1. Wie viele Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst haben 1983 und 1984 nach bestandener Anstellungsprüfung keine Beschäftigung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes gefunden, so daß sie Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe in Anspruch nehmen mußten, und wie wird die Entwicklung voraussichtlich bis 1990 verlaufen?
2. Welche Gruppen von Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst waren 1983 und 1984 nach bestandener Anstellungsprüfung von dem Risiko der Arbeitslosigkeit besonders betroffen, und wie wird insoweit die Entwicklung bis 1990 voraussichtlich verlaufen?

Die mir zugegangenen Antworten der Länder bestätigen, daß insbesondere die Lehrer – als zahlenmäßig größte Gruppe – und die Juristen vom Risiko der Arbeitslosigkeit nach bestandener Anstellungsprüfung betroffen sind. Zahlen über die gegenwärtig arbeitslosen Lehrer und Juristen sind in der Antwort der Bundesregierung vom 30. Juli 1984 – Drucksache 10/1806 – auf die Kleine Anfrage bereits genannt. Es wird angenommen, daß sich in den Jahren 1985 bis 1990 diese Situation bei den Lehrern noch verschärfen wird und allenfalls gegen Ende des Jahrzehnts eine

Milderung eintreten könnte. Auch bei den Juristen wird von einer Verschlechterung der Berufsaussichten ausgegangen.

Als weitere betroffene Gruppen der Beamten auf Widerruf werden die Absolventen des Vorbereitungsdienstes im höheren und gehobenen Bibliotheksdienst, im höheren technischen Dienst (bautechnischer und vermessungstechnischer Dienst) sowie im höheren und gehobenen Forstdienst genannt, wobei aber die verhältnismäßig niedrige Zahl der hier betroffenen Beamten mit der der Lehrer und Juristen nicht verglichen werden kann.

Bezüglich der künftigen Entwicklung bei den Absolventen anderer Vorbereitungsdienste ergibt sich keine einheitliche Prognose. Die u. a. beim mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst in der Landes- und Kommunalverwaltung einzelner Länder bereits erfolgende oder künftig vorgesehene Ausbildung über Bedarf wird jedoch auch hier das Risiko der Arbeitslosigkeit erhöhen.

Hinzuweisen ist darauf, daß bei Angehörigen von Monopolausbildungsgängen, die nicht ausschließlich für eine spätere Verwendung im öffentlichen Dienst ausgebildet werden (z.B. Juristen), die Arbeitslosigkeit ihre Ursache auch in fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten in der privaten Wirtschaft und im Bereich der freien Berufe hat.